

UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT BÜRGERVEREINIGUNG KERKEN

IN DIESER AUSGABE

- Bahnhofstraße
- Kuriose Abstimmung
- Bürgerentscheide
- Bahnsteigerhöhung
- SchönerMonatTicket
- Zukunftskonferenz
- Skateranlage
- Ein Jahr Ratsarbeit
- EDEKA-Center
- Müllentsorgung

TERMINE

Ausschusssitzungen

- Betriebsausschuss:
23.08.2005 (18:30 Uhr)
- Bau- und Planung:
24.08.2005 (18:30 Uhr)
- Haupt- und Finanz:
30.08.2005 (18:30 Uhr)

Ratssitzung

- 14.09.2005 (18:30 Uhr)

Seefest am Eyler See

- 17./18.09.2005

Bundestagswahl

- 18.09.2005

Baumaßnahme Bahnhofstraße

Wenn eine Straße erneuert oder verbessert (Stichwort: „verändert“) wird, haben die Anwohner laut KAG (=Kommunalabgabengesetz) die Kosten anteilig mit zu tragen. Dieses ist Grundstückseigentümern i.d.R. bekannt. Die Anlieger der Bahnhofstraße wurden informiert, dass es sich bei den Baumaßnahmen um Instandsetzungsarbeiten handelt, für die keine Anliegerbeiträge erhoben werden. Anfang April 2005 (unmittelbar vor Fertigstellung der Maßnahme) entstand dann plötzlich der Plan, die Straße nicht nur zu "flicken", sondern gleichzeitig neu auszubauen. Die Anlieger müssten hierfür entsprechende Beiträge nach dem KAG bezahlen. Natürlich stößt ein solches Vorgehen auf Protest und schadet dem Vertrauen in die Politik. In einer Informationsveranstaltung wurden den Bürgern die geänderten Vorstellungen vorgetragen. Nach heftigen Diskussionsbeiträgen verwies der Bürgermeister darauf, dass dann die Politik (der Gemeinderat) darüber entscheiden müsse. Damit war der „Schwarze Peter“ an den Gemeinderat weitergegeben. Die Ratsmitglieder - zumindest die der BVK - waren bis dahin nicht über das Vorgehen informiert. Aus "Dringlichkeitsgründen" sollte der Haupt-



und Finanzausschuss das Vorhaben sofort beschließen. Der Bürgermeister begründete den Sinneswandel mit der Sicherheit der Schulkinder, die die Straße benutzen. Die Frage der BVK, ob die Straße bisher unsicher gewesen sei, wurde verneint, man solle jedoch die Gelegenheit nutzen, die Sicherheit zu erhöhen. So wurde diese Dringlichkeitsmaßnahme u. a. gegen die Stimmen der BVK mit einer großen Mehrheit beschlossen und die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse gebeten, obwohl man bei der ursprünglichen Planung zunächst keine „Veränderung“ der Bahnhofstraße vorgesehen hatte. Entweder fehlte es hier an einer vorausschauenden Planung oder es sind Zweifel an der Verlässlichkeit von Ratsentscheidungen angebracht. Die angesetzten Umlagen entsprechen nach Hochrechnung der Verwaltung 3 Euro je m² Grundstücksfläche, zuzüglich 1,25 Euro bei Geschossausbau. Berechnet werden kann die Umlage auf eine Grundstückstiefe von 40 Metern. Aufgrund des unglücklichen Verfahrens wurde auf Antrag der CDU eine Staffelung der Kosten beschlossen. Und wieder mal geht es bei den Bürgern um: „Die machen sowieso was sie wollen!“

Kuriose Abstimmung

Ein kuriose Abstimmungsergebnis im Rat führte zum Flop eines Bauantrages. Im September 2002 stellte ein Kerkener Bürger einen Bauantrag für die Erschließung seines Gartenbereichs. Nach fast dreijähriger Planungsphase unter Einbeziehung der Nachbarn und nach einer Ortsbesichtigung wurde das Vorhaben zunächst von der Politik überwiegend befürwortet. Im Februar 2005 stimmten im Bau- und Planungsausschuss 8 Mitglieder bei einer Enthaltung für die Erschließung des

Grundstücks. Dann wendete sich aber das Blatt im Juli 2005 und man verurteilte plötzlich das geplante Vorgehen als eine Gefälligkeitsgenehmigung, die es zu verhindern galt. Nachdem absehbar SPD, FDP und BVK der Beschlussempfehlung der Verwaltung (vertreten durch den Bürgermeister!) folgen, nämlich der Erschließung des Grundstücks zustimmen wollten, kündigte der Bürgermeister die Enthaltung seiner Stimme bei der Abstimmung über seine Beschlussempfehlung an. Das



.... Fortsetzung von Seite 1

Ergebnis der Abstimmung lautete anschließend: 13 Stimmen für die Planung, 13 Stimmen gegen die Planung und eine Enthaltung. Damit war der Erschließungsantrag laut Geschäftsordnung und im Sinne der CDU abgelehnt! Der plötzliche

Sinneswandel der CDU und des Bürgermeisters führte dazu, dass die dreijährige Planung vergeblich gewesen ist. Bei so großer Einigkeit zwischen Bürgermeister und CDU hätte man sich das ganze Verfahren lieber sparen sollen!

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

NRW: Bürgerbegehren bleiben eingeschränkt

Auch unter der neuen CDU/FDP-Landesregierung bleiben Bürgerbegehren zu Großprojekten, Windkraftanlagen und Gewerbegebiete verboten. Eine Aufhebung der Themenverbote ist im Koalitionsvertrag nicht vorgesehen, obwohl beide Parteien in der Vergangenheit entsprechende Beschlüsse gefasst hatten.

(zitiert aus www.mehr-demokratie.de)

Gegen die Stimmen von SPD und BVK wurde vom Gemeinderat festgelegt, dass bei Bürgerentscheiden nur per Briefwahl und nicht in Wahllokalen abgestimmt werden kann.

Die vorgetragenen Argumente gegen den Antrag der BVK für die gleichzeitige Öffnung von Wahllokalen wie z. B. Kostenersparnis bzw. Verwaltungsvereinfachung und auch die angebliche Rücksichtnahme auf Gehbehinderte, halten wir für nicht stichhaltig. Die Möglichkeit der Wahl an der Wahlurne sollte zusätzlich gegeben sein. Wir sind auch davon überzeugt, dass die Zahl der Briefwähler zunehmen wird. Sie wird aber niemals die Wahl an der Urne ersetzen können. Auch bei Kommunalwahlen würde keiner auf die Idee kommen auf die Wahl im Wahllokalverzicht zu wollen, weil eigentlich jeder weiß, dass man statt z.B. 56% vielleicht nur 35% Wahlbeteiligung erreichen würde.

Bei einem Bürgerentscheid geht es aber darum, dass sich Bürger gegen die Mehrheit des Rates wenden und durch die Bürgermehrheit den

Ratsbeschluss kippen könnten. Nimmt man da eine geringere Wahlbeteiligung gerne in Kauf? Menschen sind verschieden, die Entscheidung für Briefwahl oder Wahllokal sollten die Bürger selber treffen. Es sollte Sorge dafür getragen werden, dass die höchstmögliche Wahlbeteiligung erreicht werden kann. Interessant ist die Entscheidung vor dem Hintergrund, dass gerade CDU und FDP in NRW angekündigt haben Bürgerbeteiligungsverfahren zu verbessern.

Insbesondere in Kerken ist es schwierig alle Bürger für den Wahlgang zu einem Thema zumotivieren, das vielleicht vorrangig nur einen anderen Ortsteil betrifft. Die BVK meint, dass gerade wenn sich Bürger aktiv für ein Bürgerbegehren und damit für ihren Ort einsetzen, die geringfügig höheren Kosten und der Arbeitsaufwand für eine „richtige Wahl“ gerechtfertigt sind.

Schade, dass in Kerken die Chance vertan wird der Bürgerstimme mehr Gehör zu verschaffen.



Skaterbahn

Unabhängig davon, wer auch immer was beantragt hat: Sie kommt, die Skaterbahn. Die Baumaßnahmen laufen und die Gespräche mit den Jugendlichen über die Gerätschaften auf dem Platz werden vorbereitet.

Spruch des Monats:

Machen Sie sich erst einmal unbeliebt, dann werden Sie auch ernst genommen.

(Konrad Adenauer)

Erhöhung der Bahnsteige und Fahrpreise

Zur Zeit werden in Nieukerk, später in Aldekerk von der Deutschen Bahn AG die Bahnsteige auf ca. 76 cm erhöht, um das Niveau der Bahnsteige und der Züge neuester Generation aneinander anzugleichen. Leider fahren auf unserer Strecke Kleve-Düsseldorf keine solcher modernen Vehikel. Daher ergibt sich jetzt ein Höhenunterschied von 21 cm zur optimalen Bahnsteighöhe von 55 cm für die eingesetzten Talent-Züge. Diese Maßnahme erleichtert älteren oder gehandicapten Personen nicht gerade das Einsteigen in die Züge.

Pech gehabt die Erste. Flächendeckende Einführung des Schöner-MonatTickets in NRW am 12.06.2005: Die Preise für

die meisten Monatsfahrkarten auf der Strecke Kleve-Düsseldorf wurden erhöht. Pendler zahlen jetzt mehr für Leistungen, die die meisten wohl nicht benötigen. Kostete die Fahrt mit Monatskarte im Abo zwischen Nieukerk und Düsseldorf (incl. ÖPNV in Düsseldorf) bisher 131,55 EUR, so hat man nun die Wahl zwischen Ticketkombinationen mit Preisen von 144 EUR bis 153,75 EUR. Das Monatsticket von Aldekerk nach Düsseldorf verteuert sich von 119,45 EUR auf mindestens

131,91 EUR. Die günstigste Monatskarte von Nieukerk nach Krefeld wird um 12,50 EUR auf 84 EUR erhöht.

Dafür dürfen die Pendler in Kerken nach Meinung von der Deutschen Bahn und dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg (erstaunlicherweise zuständig für das NRW-Ticket auf der Strecke Kleve-Düsseldorf –

besonderes Engagement garantiert!) an der Solidargemeinschaft NRW-Ticket teilnehmen, d.h. eben mehr zahlen. Vielleicht ist das der Beitrag für die falschen Züge an den richtigen Bahnsteigen. Ärgerlich ist, dass die Vereinheitlichung des Tarifsystems nur in Kerken immer zu

Preiserhöhungen bei den Monatstickets für Pendler führt. In den übrigen Regionen NRW wird es günstiger bzw. haben die Pendler die Wahl, ob sie das neue Angebot annehmen wollen. Hier wird eine Gemeinde, vielleicht sogar eine ganze Region benachteiligt und keinen scheint es zu stören.

Pech gehabt die Zweite.

Eine interessante Zusammenstellung von Kommentaren zum Thema finden sie im Kasten auf der rechten Seite.



Vorschlag der BVK: Zukunftskonferenz

"Wo wollen wir in 5, 10 bzw. 20 Jahren stehen?"

Nachdem die Initiative der FDP für eine lokale Agenda im Jahre 1998 aus finanziellen Gründen zurückgestellt wurde, griff sie dieses Thema im Mai 2005 mit einem Antrag wieder auf. Der Rat der Gemeinde einigte sich darauf, dass jede Fraktion ihre Vorstellungen von einer lokalen Agenda bis zum 15.08.2005 der Verwaltung vorlegen soll. Die BVK legte der Verwaltung am 27.06.05 einen detaillierten Vorschlag für eine Zukunftskonferenz vor: Zunächst sollte innerhalb des Gemeinderates mit dem Bürgermeister die Fragestellung „Wo wollen wir in 5, 10 bzw. 20 Jahren mit Kerken stehen?“ diskutiert und auch beantwortet werden. Die Kerkener Politik sollte sich auf gemeinsam getragene Ziele festlegen, an denen alle zukünftigen Entscheidungen ausgerichtet und gemessen werden sollen. Die Ziele müssen mit



Prioritäten oder Schwerpunkten versehen werden. Beispiel: Wenn für das Thema Wirtschaftsförderung eine hohe Priorität festgelegt wird, dann muss man konsequenterweise bei den Haushaltsverhandlungen das Budget und die Vorgaben auch zu Lasten anderer Bereiche für die Wirtschaftsförderung erhöhen. Bisher konnte man sich auf den bequemen Standpunkt zurückziehen, man sei für Wirtschaftsförderung (beispielsweise), aber (leider, leider!) ist gerade kein Geld dafür da. Aus der Ernsthaftigkeit, mit der auf diese Frage Antworten gesucht werden, sei es Rats-intern oder im Dialog mit den Bürgern, wird man darauf schließen können, ob sich Kerken zu einem attraktiven Städtchen entwickelt oder einen Dornröschenschlaf schlummert.

Auszüge aus der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP in Düsseldorf am 20.06.2005 zu kommunalen Themen

- „Die Koalition der Mitte will eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungen in den Kommunen vor Ort, denn Demokratie beginnt in den Kommunen. Wir wollen ein Modell für ein bürgerfreundlicheres Kommunalwahlrecht mit der Möglichkeit von Kummulieren und Panaschieren unter Beibehaltung der Wahlkreise prüfen“
- „Um den Bürgern mehr Entscheidungs-spielraum zu geben und die Persönlichkeitswahl stärker herauszustellen, prüfen wir, die Amtszeit der (Ober-)Bürgermeister und Landräte auf 8 Jahre zu verlängern“
- „Wir wollen einen Ratsbürgerentscheid einführen mit dem Ziel, dass in wichtigen kommunal-

- politischen Angelegenheiten oder Fragen der Rat bzw. Kreistag die Bürgerinnen und Bürger entscheiden lassen kann.“
- „In der Gemeindeordnung sollen die Kommunen folgende Bezeichnungen ändern können: Ortsvorsteher werden zu Ortsbürgermeistern....“
- „Wir halten es für ordnungspolitisch geboten, dass sich die Kommunen auf ihre Kernaufgaben der örtlichen Daseinsvorsorge konzentrieren“
- „Voraussetzung einer reduzierten wirtschaftlichen Betätigung ist eine Gemeindefinanzreform, die den Kommunen ausreichende und planbare Stueereinnahmen sichert, ohne dass sie auf Erträge eigener Unternehmen angewiesen sind.“

Rückblick auf fast ein Jahr Ratsarbeit

Welche Erfahrungen haben die neuen Ratsherren und die Ratsfrau von der BVK gemacht und was konnten sie umsetzen? Für mehr Beteiligung, Mitsprache und Information von Bürgerinnen und Bürgern beantragte die BVK die Ausweitung der Fragestunde bei Rats- und Ausschusssitzungen und die Ausgestaltung von Wahlmöglichkeiten bei Bürgerentscheiden, leider ohne Erfolg. Außerdem wurde geprüft, die Gebühren für Auskünfte nach dem Informationsfreiheitsgesetz zu senken. Leider gehen hier die vom Land festgesetzten Beträge vor. Das sieht nach einem 0:3 gegen mehr Demokratie in Kerken aus. Die Verhältnisse sind eben so, es wird aber hartnäckig weitergearbeitet für die Umsetzung dieser Themen. Ratsarbeit in Kerken analysiert: **Wichtiges und Interessantes ist geheim.** Bereits die Erwähnung eines Themas führt zu heftigsten Reaktionen mit dem Hinweis

auf möglichen Geheimnisverrat. Sind das Einschüchterungs-versuche oder berechtigte Besorgnis? Und die wichtigste Frage in der Ratsarbeit lautet **"Wer hat was beantragt wer darf welchen Erfolg auf sich verbuchen?"** Denn nach der Wahl ist vor der Wahl? Hochsensibel reagiert man immer dann, wenn sich die BVK öffentlich zu Wort meldet. Dann wird entweder ein Angriff oder Ideenklau vermutet. Was man noch wissen muss: **Der Gestaltungsspielraum der Kommunalpolitik ist minimal:** Bundesrecht bricht Landesrecht und Landesrecht bricht kommunales Recht. Zum Beispiel bei der Errichtung von Windrädern oder bei der Auskiesung stehen die Kommunen schnell wie die dummen da. Nicht selten sind Entscheidungen zu treffen, die entweder im

Fortsetzung auf Seite 4 ...



Auszüge aus Kommentaren zum Thema SchönerMonat-Ticket auf der Strecke Kleve-Düsseldorf:

Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen (Juni 2005):

„Für reine Zugfahrer wird's somit teurer – sie kaufen einen Zusatznutzen ein, den sie nicht benötigen. Sie sind die Verlierer in diesem Solidarmodell und besonders getroffen, wenn sie beispielsweise im ländlichen Raum keine attraktive Busanbindung ihres Bahnhofs vorfinden...“



Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (20.06.2005):

„Uns ist bewusst, dass die Einführung des neuen NRW-Tarif in Kleve und Aldekerk auf den ersten Blick kein „mehr“ an Gegenleistung bietet, jedoch stehen dem die Mehrheit der Kunden gegenüber, die von dem NRW- Tarif deutlich profitieren. „

Herr Felser, Pressesprecher der Deutschen Bahn (RP 10.06.05):

„In diesen Fällen ist unser neues Tarifsystem kein wirklicher Vorteil“

Herr Ebberts vom Landesvorstand Pro Bahn (RP 10.06.05):

„Doch“, fügt er hinzu“, ist der neue NRW-Tarif vom Grundsatz her ein Solidarmodell.“ Einige Nutzer und Regionen, auch der Niederrhein, seien eben benachteiligt.“

Besuchen Sie uns im Internet:



www.bvk-kerken.de

Seefest am Eyller See

17.-18.09.2005

Zwei Tage Spiel,
Spaß und
Unterhaltung

Samstag 17.09.:

Bühnenprogramm
und ab 20:00 Uhr

- **Nork** -
die Schülerband
aus Kerken

Sonntag 18.09.:

Bühnenprogramm
mit **DJ** und
Infos zur
Bundestagswahl
und
Kerkener Themen

"Standpunkt"

Jahrgang 4
Ausgabe 8
Auflage: 5000 Stück

Herausgeber:

Bürgervereinigung
Kerken e. V.
V.i.S.d.P.:
Theodor Bergers,
Hochstraße 10,
47647 Kerken

.... Fortsetzung von Seite 3

Widerspruch zur eigenen Meinung stehen oder zu übergeordneten Gesetzen und somit zu aussichtslosen und teuren Rechtsstreitigkeiten führen werden. Eine **Lehrstunde im Fach taktisches Wahlverhalten** erteilte unser Bürgermeister bei der Abstimmung über Bauplanungen am Paschensdyck. Er konnte seiner eigenen Beschlussempfehlung an den Rat nicht folgen und enthielt sich seiner Stimme. Dies führte zur Patt-Situation 13 Ja- zu 13 Nein-Stimmen und einer Enthaltung. Damit war das Vorhaben im Sinne der CDU abgeschmettert.

Hatte es sich für dieses Schauspiel wirklich gelohnt, dass ein BVK-Ratsmitglied den Urlaub in Süddeutschland abgebrochen hat? Der Blick nach vorn läßt einen kleinen Lichtschein erkennen. Seit dem Antrag der FDP das Thema "lokale Agenda 21" nach 1998 wieder auf die Tagesordnung zu nehmen, werden Gedanken zur Zukunftsgestaltung von Kerken angestellt. Hier hat sich die BVK mit ihrem Vorschlag aktiv eingebracht, um über eine **"Zukunftskonferenz"** weg von den Einzelfallentscheidungen hin zu einer strategischer Planung für Kerken zu gelangen.

BVK mit neuem Vorstand

Im Februar 2005 wurde in der Jahreshauptversammlung der BVK turnusgemäß ein neuer Vorstand gewählt. Der Vorstand wurde bei dieser Gelegenheit von drei auf fünf Mitglieder erweitert, um die Vereinsarbeit auf breite Füße zu stellen. Dem neuen Vorstand gehören Theo Bergers (Vorsitzender), Reinhard Otto (2. Vorsitzender), Ralf Janssen (Kassierer), Wilfried Schirmer (Schriftführer) und Andreas Vallen (Beisitzer) an. Durch die Verteilung der Arbeit auf viele Schultern, insbesondere durch neue klare Zuständigkeiten für Fraktion (Birthe Stuijts, Theo Bergers, Michael Heinricks und Ulrich Heyer) und Vereinsvorstand soll die Effektivität der Arbeit erhöht werden. Fraktionsmitglieder können sich nun intensiv um die Ratsangelegenheiten kümmern, der Vorstand die neuen Vereinsaufgaben in Angriff nehmen. Einig waren sich alle Mitglieder, dass die enge Zusammenarbeit von Vorstand und Fraktion unerlässlich ist. "Es darf keinen Verein im Verein geben!" Aufgabe des Vorstandes ist insbesondere den Kontakt zu den Bürgern zu fördern, die Vereinsverwaltung incl. der Mitgliederwerbung und die Öffentlichkeitsarbeit.



Der BVK-Vorstand: Wilfried Schirmer, Ralf Janssen, Reinhard Otto, Theo Bergers, Andreas Vallen



Die BVK-Fraktion: Michael Heinricks, Theo Bergers, Ulrich Heyer, Birthe Stuijts

Letzte Windräder?

Über 150 Anwohner überreichten dem Bürgermeister eine Unterschriftenliste mit der Aufforderung die Baugenehmigungen für geplanten vier Windräder im Bereich von Winternam und Poelyck zurückzunehmen, um deren Errichtung zu verhindern. Gemeinsam mit einem Fachanwalt, Bürgerinnen und Bürgern, Bürgermeister und Gemeinderat wurde in der Ratssitzung am 08.07.2005 ausführlich über die Anliegen der Anwohner beraten. Nochmal wurde über die hinter den Ratsmitgliedern und Bürgern liegende Achtgerbahnfahrt der Entwicklung der Landesvorgaben in Sachen Windenergieanlagen (WEA) in den letzten Jahren diskutiert, kam aber im Gemeinderat zu dem Schluss, dass erteilte Baugenehmigungen nicht mehr zurückgenommen werden können, ohne in erhebliche finanzielle Risiken zu geraten. So wurde der Antrag der Bürger von der Mehrheit des Rates abgelehnt und darauf verwiesen, dass dies nach jetziger Lage die letzten WEA auf Kerkener Gebiet sein werden.

Müllentsorgung

Wie in den vorigen Ausgaben berichtet, wurde der Müllentsorgungsvertrag gemeinsam mit unseren Nachbargemeinden ausgeschrieben. Im Laufe der nächsten Monate wird wohl mit der Entscheidung für einen Anbieter zu rechnen sein. Ob die Bürgerinnen und Bürger auf neue Müllgefäße, Termine und sonstige Modalitäten einzustellen haben, darüber werden wir nach der Entscheidung berichten

EDEKA-Center

Alle Beschlüsse für die Ansiedlung und Anbindung eines Supermarktes in Aldekerk im Dreieck zwischen Umgehungsstraße, Hochstraße und Rheurder Straße sind gefasst. Eine Zu- und Abfahrt über die Umgehungsstraße ist ebenso geregelt. Nun müssen sich die privat rechtlich Beteiligten und Interessierten Unternehmen und Anlieger für die Umsetzung verständigen.